



# Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

jetzt gilt es: anpacken, Gespräche führen und für die SPD werben! Bis zur Landtagswahl am 13. März sind es keine sechs Wochen mehr. Die Umfragewerte belegen, dass noch alles offen ist.

Aus der Wahlforschung wissen wir, dass die Wählerinnen und Wähler sich immer kurzfristiger vor der Wahl entscheiden – meist sogar erst in den letzten zwei, drei Tagen. Unsere Chance! Denn die SPD kann Wahlkampf.

### Wahlkampf startet durch

Anfang Januar sind in vielen Gemeinden und Städten im Land Kandidatinnen und Kandidaten mit großer Unterstützung von uns mit voller Kraft ins neue Jahr und in den Wahlkampf gestartet. Die gute Stimmung, die wir entfachen, bleibt nicht unbemerkt bei den Wählerinnen und Wählern, denn wir haben ein Ziel: Wir wollen, dass Malu Dreyer Ministerpräsidentin bleibt und dabei auf eine starke SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag bauen kann.

Warum wollen wir das? Weil Rheinland-Pfalz wirtschaftlich stark bleiben und weil es sozial gerecht in unserem Land zugehen muss. Und weil Malu Dreyer mit ihrem Kabinett und der Landtagsfraktion die großen Herausforderungen unserer Zeit klug meistert.

Wir können auf Erfolge zurückblicken und sollten darüber auch gerne mit Freunden, Bekannten und im Kollegenkreis reden: Wir haben die gebührenfreie Kita eingeführt und wir sorgen für einen gerechten Bildungserfolg. Rheinland-Pfalz weist die kleinsten Grundschulklassen auf, und die Unterrichtsversorgung ist bestens.

Stolz können wir darauf verweisen, dass wir zurzeit die niedrigste Ar-



Michael Ebling

Foto: SGK

beitslosigkeit aller Zeiten haben – bundesweit die dritt niedrigste. Es sind mehr gute Arbeitsplätze entstanden. Mit Stolz schauen wir auf ausgezeichnete Hochschulen und spüren die Unternehmensgründungen in deren Umfeld.

### Breitband vor!

Wir können selbstbewusst sagen: Im Gegensatz zu anderen leben wir „unser Land von morgen“: Das gilt für den Ausbau der Breitbandverbindungen, für ein attraktives Leben im ganzen Land und zugleich für die Sicherung von Arbeitsplätzen und eine Pflegepolitik, die sich den Fragen des demographischen Wandels annimmt.

Eine Frage, die besonders uns kommunale Vertreterinnen und Vertreter

berührt, ist die Aufgabe der Unterbringung von Flüchtlingen. Jeden Tag sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den Gemeinden und Städten unseres Landes bemüht, diese Aufgabe anständig und verantwortlich zu lösen. Das ist eine schwere Aufgabe und überfordert manchmal fast unsere Kräfte. Wir sind es aber, die dafür einstehen, dass Menschen, die Schutz suchen, auf würdevolle Art Obhut finden.

### Gute Bedingungen für Flüchtlinge

Um eine gute Flüchtlingspolitik zu ermöglichen, bedarf es jedoch zugleich guter Rahmenbedingungen. Und die gibt es in Rheinland-Pfalz: Freiwillige Ausreise statt langwierige Abschiebungsverfahren, Registrierung aller Flüchtlinge und zügige

### Inhalt

Finanzen stehen gut

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in RLP

Was haben die Kommunen mit der Polizei zu tun?

Ein Jahr Mindestlohn: Entwicklungen in RLP

Kommunale Energieversorger – ist lokal und regional dezentral?

Spendenübergabe in der VG Rhein-Selz

Generationenwechsel beim SGK-Regionalverband Alzey-Worms

Gekürztes Landesblindengeld verstößt nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz

Rückführungen, wenn Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern stammen. Entscheidend wird im Jahr 2016 die Frage sein, ob uns eine frühzeitige Integration gelingt. Ich bin davon überzeugt, dass die SPD hier bessere Antworten hat als eine CDU, die mit ihren Parolen die Gesellschaft spaltet.

### SPD kämpft für Sperrklausel

Auch auf andere Fragen geben wir verlässliche Antworten. Dank unserer Initiative steht die Forderung nach einer verfassungsgemäßen Sperrklausel bei Kommunalwahlen im Regierungsprogramm der SPD. Wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wissen, wovon wir sprechen: Wir brauchen arbeitsfähige Gremien und Fraktionen, die das Gesamtwohl verfolgen. Die Zer-

splitterung mit Kleinstfraktionen, oft noch aus der rechten Ecke, ist nicht mehr länger hinnehmbar. Liebe Genossinnen und Genossen, alleine dafür lohnt es sich schon aus SGK-Sicht, in den nächsten Wochen zu kämpfen.

Also, lasst uns den Schwung von einem tollen Landesparteitag in Mainz mitnehmen und in den nächsten sechs Wochen genau das tun, was die SPD am besten kann: Im Wahlkampf für ihre guten Themen und Personen kämpfen. Es liegt an uns, klar zu machen, dass Malu Dreyer und die SPD die beste Wahl sind.

Auf geht's!

Euer

**Michael Ebling**

SGK-Landesvorsitzender

## Die Finanzen stehen gut

Vor wenigen Wochen wurde der Landeshaushalt 2016 im rheinland-pfälzischen Landtag verabschiedet. Wie schon in den vergangenen Jahren ist auch dieser Haushalt „auf Kante genäht“. Mit einem strukturellen Saldo von 473 Millionen Euro liegt das Land damit, trotz der Mehrausgaben für den Flüchtlingsbereich, deutlich unter der gesetzlichen Obergrenze von 724 Millionen Euro. Die Mittel für den Kommunalen Finanzausgleich sind seit 2013 um rund 600 Millionen angewachsen. Ein Betrag, der sich sehen lassen kann.

Erfreulich ist, dass in vielen strittigen Bereichen einvernehmliche Lösungen mit den Kommunen gefunden werden konnten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass es dringend erforderlich ist, natürlich mit Einbeziehung des Bundes, ein Gemeindefinanzierungsgesetz zu verabschieden. Denn es ist unstrittig, dass die Ausgaben der Kommunen im Jugend- und Sozialbereich Hauptgrund für das Explodieren der Kommunalhaushalte ist. Dabei werden die Standards in beiden Bereichen meist durch Bundesgesetze geschaffen.

Der von der jetzigen Bundesregierung in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Betrag von fünf Milliarden für die Kommunen zur Abfederung steigender Soziallasten ist, abgesehen von bisherigen geringeren Teilzahlungen, leider noch nicht umgesetzt und soll erst 2018 nach dem Ende der Regierungszeit der jetzigen Koalitionsregierung umgesetzt werden. Bleibt nur zu hoffen, dass sich die nächste Bundesregierung auch an diese Zusage hält.

**Hans Jürgen Noss**

# Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen in Rheinland-Pfalz

4200 neue Wohnungen sollen den Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz voranbringen, zum Wohle aller Bürger

**Autor** Andreas Wagenführer

Wohnen ist ein Grundbedürfnis des Menschen und für die Lebensqualität und die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen von elementarer Bedeutung. Um gute Wohnstandards und intakte Städte zu gewährleisten, zielt sozialdemokratische Politik auf funktionsfähige Wohnungsmärkte sowie auf nachhaltig und energieeffizient errichtete Gebäude. Nur so können lebenswerte und erfolgreiche Städte sowie gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands erhalten werden. Deshalb war im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgelegt, dass die Städtebauförderung so aufgestockt wird, dass jährlich 700 Millionen Euro statt bis dahin nur 455 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Diese Koalitionsvereinbarung wurde inzwischen erfolgreich umgesetzt. Davon profitiert auch Rheinland-Pfalz.

### Die Anforderungen sind hoch

Angesichts der tiefgreifenden Veränderungsprozesse, die sich aus dem demografischen und gesellschaftlichen Wandel ergeben, kommt der Gestaltung von gutem Wohnen auch in Rheinland-Pfalz dank einer aktiven

Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik eine zentrale Rolle zu. Die anhaltend hohe Wohnungsnachfrage in wachsenden Städten und Regionen einerseits und zunehmende Leerstände andererseits, verbunden mit einer älter werdenden Bevölkerung in ländlich geprägten Regionen, stellen die Landesregierung und alle Akteure am Wohnungsmarkt derzeit gleichermaßen vor besondere Herausforderungen.

Hinzu kommen aktuell enorme Anforderungen, weil viele Menschen bei uns Zuflucht suchen. Während auf dem Wohnungsmarkt in wachsenden Städten und Regionen eine steigende Wohnungsnachfrage kurzfristig zu steigenden Mieten führt, trifft die Wohnungsnachfrage in ländlich geprägten Regionen auf Leerstände, ohne dass die Mietpreise steigen.

Die Schnelligkeit, in der sich die gegensätzlichen Entwicklungen vollziehen, erhöht dabei den gesellschaftspolitischen und wohnungswirtschaftlichen Handlungsbedarf zusätzlich. Angesichts der Komplexi-

tät der aktuellen Herausforderungen kann eine für alle Bevölkerungsgruppen angemessene Wohnraumversorgung weiterhin nur dann gesichert werden, wenn es gelingt, Ressourcen und Initiativen zu bündeln und die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten aller betroffenen Akteure gezielt zum Einsatz zu bringen.

### Ein Bündnis zum Wohle aller Wohnungssuchenden

Vor diesem Hintergrund hat sich Ende letzten Jahres das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz“ gebildet, dem neben dem Finanz- und Bauministerium die mit dem Wohnungsbau befassten Verbände und Kammern sowie die kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz angehören. Das Bündnis soll konkrete Beiträge leisten, um mehr bezahlbare Wohnungen zu bauen. Dabei geht das Land mit klaren Ansagen in die Vorhand. Dazu zählt insbesondere eine Verbesserung der sozialen Mietwohnraumförderung. Das Ziel sind 4200 neue sozial geförderte Wohnungen insgesamt in diesem Jahr. Deshalb wurde vereinbart:

#### IMPRESSUM

##### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,  
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

**Redaktion:** Barbara Behrends  
Telefon: (06131) 22 64 60  
Hans Jürgen Noss, V.i.S.d.P.

**Verlag:** Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

**Anzeigen:** Henning Witzel, Volker Weber

**Druck:** J.D. Küster Nachf. + Pessedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



In Rheinland-Pfalz soll mehr barrierefreier, energieeffizienter und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden.

Foto: Thomas Koehler/photothek.net

gungen für zügige Planungs- und Genehmigungsverfahren

Mit der Verabschiedung dieser gemeinsamen Erklärung bekunden die im Bündnis zusammen geschlossenen Partner, sich durch ihre aktive Mitwirkung an dem Bündnis für die Verwirklichung der angestrebten Ziele und Maßnahmen einzusetzen.

Rheinland-Pfalz reagiert auf diese Weise mit dem engen Miteinander von Wohnungswirtschaft, der kommunalen Familie und dem Land sehr differenziert auf die unterschiedlichen Problemlagen im Land. Städte und Gemeinden werden so in die Lage versetzt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um vor allem dem wachsenden Wohnungsbedarf in den Kernstädten, dem notwendigen energetischen Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen zu entsprechen.

- mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Zielgruppen in angemessener Qualität bei steigenden qualitativen Anforderungen für generationengerechtes, barrierefreies und gemeinschaftliches, sowie energieeffizientes Wohnen neu zu schaffen,
  - bestehenden bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und sozialverträglich weiter zu entwickeln und
  - eine sozial ausgewogene Durchmischung der Wohnquartiere in den rheinland-pfälzischen Kommunen zu erhalten und zu stärken.
- Katalog der wichtigen Handlungsfelder und Themen**
- Zwischen den Bündnispartnern besteht Einigkeit darin, dass über einen konstruktiven vertrauensbildenden Dialog in einem lernenden System die Voraussetzungen für ein an diesen Zielen orientiertes gemeinsames und koordiniertes Handeln geschaffen werden sollen. Hierfür erachten die Bündnispartner den umsetzungsbezogenen Austausch über die nachfolgend genannten Handlungsfelder und Themen als besonders wichtig:
- Bereitstellung bedarfsorientierter Wohnraumförderprogramme für alle Marktteilnehmer
  - Vollständige und zweckgebundene Verwendung der Bundes- und Landesmittel zur Wohnraumförderung
  - Anwendung differenzierter Förderinstrumente, u. a. Erhalt und Ausweitung von Belegungsrechten sowie Flexibilisierung von Belegungs- und Mietpreisbindungen
  - Bewerbungsoffensive zur stärkeren Marktdurchdringung der Förderprogramme sowie regelmäßige Überprüfung und bedarfsgerechte Anpassung der Förderprogramme
  - Stärkung neuer Wohnformen und des genossenschaftlichen Wohnens unter Einbeziehung der Ansätze einer inklusiven, sozial ausgewogenen und generationengerechten Quartiersentwicklung
  - Identifizierung und Reduzierung von Zusatzkosten, insbesondere im Bereich der Bauvorschriften des Landes und der Kommunen
  - Prüfung und Erhöhung der Baulandverfügbarkeit in nachgefragten Regionen, z.B. durch Aktivierung innerörtlicher Potenzialflächen und Flächenumwandlung sowie aktive Liegenschaftspolitik der Städte und Gemeinden
  - Verbesserung der Erwerbskonditionen, z.B. durch Konzeptvergabe von Bundes-, Landes- und kommunalen Grundstücken
  - Verbesserung der Rahmenbedin-

Anzeige



*Sie glauben gar nicht, was*

**KIS**  **KRW**

*alles für Ihre Verwaltung*

*tun kann...*

**Ihr Vorteil:**  
Wir wissen wie  
Verwaltung funktioniert!



Gesellschaft für kommunale Datenverarbeitung mbH



V. l. n. r.: Prof. Dr. Stefan Sell, Ernst Scharbach, Michael Reitzel, Dr. Heike Kaster-Meurer und Jürgen Schmitt  
Foto: SGK RLP

## Was haben die Kommunen mit der Polizei zu tun?

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Ende November des vergangenen Jahres hat die Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam mit der SGK Rheinland-Pfalz zur Diskussion über „Die Rolle der Polizei in den Kommunen“ nach Bad Kreuznach ins Haus des Gastes eingeladen.

Dr. Martin Gräfe, der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mainz, konnte dort Dr. Heike Kaster-Meurer, Oberbürgermeisterin der Stadt Bad Kreuznach, Ernst Scharbach, Vorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz (Gewerkschaft der Polizei), Jürgen Schmitt, Inspekteur der Polizei in Rheinland-Pfalz und Prof. Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz (Rheinaarcampus, Remagen) begrüßen.

### Engagierte Diskussionen

Die Impulsreferate der Referenten boten reichlich Stoff zu einer engagierten Diskussion mit dem gut besetzten Plenum. Michael Reitzel moderierte die Beiträge. Nicht zuletzt die Feststellung von Prof. Dr. Stefan Sell „Wir können froh sein, dass viele Bürger nicht wissen, wie wenig Polizeibeamte nachts in einem riesigen Landkreis zur Verfügung stehen!“ provozierte zu Fragen und Feststellungen.

Aber Jürgen Schmitt konnte auch positive Feststellungen treffen: So ist die Jugendkriminalität mit -5,3 Pro-

zent deutlich rückläufig, ebenso die Gewaltkriminalität mit -7,9 Prozent. Und auch die Zahl der Wohnungseinbrüche ist um ein knappes Prozent zurückgegangen.

Zuvor hatte Martin Gräfe auf zunehmenden Vandalismus in Kommunen und Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten hingewiesen.

Dr. Heike Kaster-Meurer berichtete über die guten Erfahrungen in Bad Kreuznach mit den städtischen Quartiermanagern, die in enger Zusammenarbeit mit den Bezirksbeamten der Polizei dem Bedürfnis der Bürgerschaft nach Sicherheit Rechnung tragen, weshalb zu Beginn dieses Jahres im Bereich der Neustadt eine weitere Quartiermanager-Stelle besetzt werde.

### Neuaufgabe gewünscht

Der Forderung aller Referenten nach Aufstockung der Zahl der Polizeibeamten ist das Land inzwischen nachgekommen, auch mit der deutlichen Steigerung von Beförderungsstellen. Michael Reitzel stellte unter Zustimmung sämtlicher Teilnehmerinnen und Teilnehmer fest, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung mit dieser Diskussionsrunde wohl den „Nagel auf den Kopf“ getroffen habe, weshalb die Stiftung eine weitere Veranstaltung zum Thema „Kommunen – Polizei“ plant.

### Ein Jahr Mindestlohn:

## Entwicklungen in Rheinland-Pfalz

Autorin Dr. Tanja Machalet, MdL

Seit 1. Januar 2015 gilt der gesetzliche Mindestlohn bundesweit. Die rheinland-pfälzische Landesregierung und die rheinland-pfälzische SPD haben viele Jahre lang für seine Einführung gekämpft. Und es lohnt sich nach einem Jahr Mindestlohn zu feiern.

### Mehr Geld für gute Arbeit

Deutschlandweit bedeutet er für rund 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Geld für gute Arbeit. Und er führt zu mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt. Auch in Rheinland-Pfalz profitieren viele davon, vor allem Frauen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist gestiegen und so hoch wie nie. Gleichzeitig ist die Zahl der Minijobs gesunken. Das ist eine gute Entwicklung, die wir weiter unterstützen werden. Mit uns wird es keine neuen Ausnahmen vom Mindestlohn geben, insbesondere und gerade nicht für Flüchtlinge.

Mit unserem Landestariftreuegesetz haben wir bereits lange vor der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns eine Lohnuntergrenze bei

öffentlichen Auftragsvergaben festgelegt, die mit 8,91 Euro über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt. Vor Weihnachten hat die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf eingebracht, der einen Korridor zur Angleichung beider Mindestlöhne aufmacht, jedoch sicherstellt, dass der vergabespezifische Mindestlohn nicht gesenkt wird.

### Für Fairness auf dem Arbeitsmarkt

Gleichzeitig wollen wir mit dem Gesetz die so genannte Personalüberleitung bei Betriebsübergängen im ÖPNV und SPNV verbindlich festschreiben. Damit wollen wir als erstes Bundesland überhaupt verhindern, dass der Wettbewerb in diesen Bereichen lediglich auf dem Rücken der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgetragen wird. Bisher ist es häufig so, dass bei einem Betreiberwechsel die „alten“ Beschäftigten vom neuen Betreiber übernommen werden, aber zu deutlich schlechteren Bedingungen. Auch hier geht es um Fairness auf dem Arbeitsmarkt und auch hier gilt: In Rheinland-Pfalz sind wir ganz vorne.



Tanja Machalet ist arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion.

Foto: privat

# DAS DEBATTENMAGAZIN

Die alten Lösungen taugen nicht mehr, die neuen kommen nicht von selbst: Die Berliner Republik ist der Ort für die wichtigen gesellschaftspolitischen Debatten unserer Zeit – progressiv, neugierig, undogmatisch.



**Bestellen Sie unter: Telefon 030/7407 316-62, Telefax 030/7407 316-63, E-Mail [vertrieb@b-republik.de](mailto:vertrieb@b-republik.de)**

Die Berliner Republik erscheint fünf Mal im Jahr. Sie ist zum Preis von 8,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen: Jahresabo\* 40,- €; Studentenjahresabo\* 25,- €. Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich.

\*Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

# Kommunale Energieversorger – ist lokal und regional dezentral?

„Reifenwechsel bei voller Fahrt“

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Zur 6. Energiepolitischen Fachtagung hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung Ende November in die Coface-Arena eingeladen. Übereinstimmend forderten die Referenten der Fachtagung, Dipl.-Ing. Michael Worch (Technischer Geschäftsführer der Stadtwerke Mainz Netze GmbH), Prof. Dr. Peter Heck (Hochschule Trier/Umweltcampus Birkenfeld), Johannes Krämer (Geschäftsführer der EWR Netz GmbH) und Dipl.-Ing. Christoph Zeis (Geschäftsführer der EDG Rheinhessen-Nahe mbH) ein deutlich stärkeres Engagement des Bundes bei der Bewältigung der Energiewende.

Johannes Krämer rechnet mit einem Investitionsvolumen in Höhe von 50 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030, wenn die Energiewende gelingen soll.

Michael Worch bezeichnete die Zielsetzung der Energiepolitik des Landes Rheinland-Pfalz, bis 2030 seinen Strombedarf komplett aus Erneuerbaren Energien zu decken, als höchst anspruchsvoll: Ein Drittel sei laut Verteilnetzstudie Rheinland-Pfalz aktuell möglich. Die Energiewende müsse jedoch darüber hinaus gehen und auch den Antrieb von Fahrzeugen und die Erzeugung



V. l. n. r.: Prof. Dr. Peter Heck (verdeckt), Dr. Martin Gräfe, Johannes Krämer, Günter Reichart (Vorstand EWR AG), Michael Reitzel, Christoph Zeis und Michael Worch

Foto: SGK RLP

von Strom auf Erneuerbare Energien erfassen, wenn der ehrgeizige Plan des Landes gelingen soll. Zwei wesentliche Voraussetzungen für das

Gelingen der Energiewende seien die Weiterentwicklung der Speichermöglichkeiten und die Anpassung der Netze.

Anzeige

**JETZT kostenlos Probelesen!**

DEMO als Zeitung im neuen Format

Probemonat für 3 Monate jetzt kostenlos bestellen:

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)  
☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei und läuft automatisch aus.

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

Michael Worch wies in diesem Zusammenhang auf die bundesweit größte Pilotanlage der Stadtwerke Mainz AG im Gewerbepark Hechtsheim hin, in der überschüssiger Strom in Gas umgewandelt werde, das dann wiederum als Energieträger zur Verfügung stehe (Hinweis der SGK-Geschäftsstelle: Bei Interesse kann die Besichtigung dieser Pilotanlage der Stadtwerke Mainz AG im Gewerbepark Hechtsheim nach Rücksprache mit der Geschäftsstelle vermittelt werden). Was die Anpassung der Netze anbelangt, richte sich die Erwartung an die Stadtwerke, dass diese sowohl die Last wie auch die Einspeisung der Kapazitäten managen.

Zuvor hatte Dr. Martin Gräfe die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung wie auch die Referenten mit dem Hinweis begrüßt, dass es sich bei dieser Veranstaltung der SGK bereits um die 6. Energiepolitische Fachtagung handele.

### Staat muss Finanzen stärken

Prof. Peter Heck vom Umweltcampus Birkenfeld warb bei den Kommunen um ein noch stärkeres Engagement beim Ausbau der Erneuerbaren Energien am Beispiel der EDG Rheinhesen-Nahe GmbH. Er wies darauf hin, dass die Gewinne aus solchen Investitionen und die damit geschaffenen Arbeitsplätze deutlich zur Stärkung der Kommunen beitragen würden, auf die nicht zuletzt die ländlichen Räume angewiesen seien. Dafür warb auch Christoph Zeis mit dem deutlichen Hinweis, dass zum Gelingen der Energiewende ein spürbar größeres finanzielles Engagement des Staates erforderlich sei.

Einig waren sich die Referenten der Veranstaltung, die von Michael Reitzel moderiert wurde, in der Feststellung, dass die Dezentralisierung der Energieversorgung nur mit Hilfe der Stadtwerke gelingen könne.



V. l. n. r.: Thomas Günther MdL, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Klaus Penzer, Bürgermeister VG Rhein-Selz, Michael Reitzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion und Milan Singh, Beauftragter für Integration und Inklusion  
Foto: Markus Keller

## Spendenübergabe in der VG Rhein-Selz

Bei der 40-Jahr-Feier der SGK am 2. Oktober 2015 und bei der Landesdelegiertenversammlung am Tag darauf in Nieder-Olm wurden 1200 Euro für die Flüchtlingsinitiativen in Birkenfeld, Mutterstadt und in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz gesammelt.

Hans-Jürgen Noss, MdL, und Hannelore Klamm haben jeweils 400 Euro an die Flüchtlingsinitiativen in Birkenfeld und Mutterstadt übergeben.

Auf unserem Foto überreichen die Vorsitzenden der CDU- und SPD-Fraktionen in der Verbandsgemeinde Rhein-Selz, Thomas Günther MdL und Michael Reitzel, einen Scheck über 5000 Euro an Bürgermeister Klaus Penzer und Milan Singh, den Beauftragten für Integration und Inklusion. In diese Spende der SPD- und der CDU-Fraktionen für die Flüchtlings- und Obdachlosenhilfe in der VG Rhein-Selz sind auch 400 Euro aus der SGK-Sammlung eingeflossen.

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Schirmherrin Ute Vogt*

Weitere Informationen im Netz: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

# Generationenwechsel beim SGK-Regionalverband Alzey-Worms

Mitgliederversammlung des SGK Regionalverbandes Alzey-Worms wählt Johannes Brüchert zum neuen Vorsitzenden

**Autor** SGK-Rheinland-Pfalz regional

Der bisherige Vorsitzende des SGK-Regionalverbandes Alzey-Worms, Andreas Wagenführer, begrüßte die anwesenden Mitglieder zu einer Mitgliederversammlung, unter ihnen auch die Landtagsabgeordnete Kathrin Anklam-Trapp.

Wagenführer gab anschließend den Bericht des Vorstandes für die vergangene Vorstandsperiode ab und konnte von verschiedenen Aktivitäten berichten. Einen positiven Kassenbericht hatte Geschäftsführer Ralph Bothe abzugeben, der daraufhin von den Delegierten einstimmig entlastet wurde.

Bei der anschließenden Wahl zum Vorstand wurde ein Generationenwechsel eingeläutet. Die Versammlung wählte den 24-jährigen Regierungsangestellten Johannes Brüchert einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Regionalverbandes. Brüchert verfügt trotz seines jungen Alters bereits über einige kommunalpolitische Erfahrung. So wurde er mit 18 Jahren in den Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Wöllstein gewählt. Seit der letzten Kommunalwahl ist er auch Mitglied des Verbandsgemeinderates und Beigeordneter mit Geschäftsbereich in seiner Ortsgemeinde.

Ebenso einmütig fielen die Ergebnisse der Wahlen für die anderen Vorstandsposten und Delegierten aus. Zukünftig als Stellvertreter stehen dem Vorsitzenden die erste Beigeordnete der Stadt Alzey, Nicole Sommer-Kundel, und der Experte für kommunale Finanzen, Andreas Wagenführer, zur Seite. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Monsheim, Ralph Bothe, komplettiert als Geschäftsführer den geschäftsführenden Vorstand.

„Wir haben einen exzellent besetzten Vorstand. Die oft zitierte gesunde Mischung ist uns in jeglicher Hinsicht bestens gelungen. Von der jungen



v.l.n.r.: Andreas Wagenführer, Nicole Sommer-Kundel, Johannes Brüchert

Foto: SGK

Fraktionsvorsitzenden über unseren Landtagsabgeordneten bis zum gestandenen VG-Bürgermeister ist alles vertreten. Auch ist jede Verbandsgemeinde oder verbandsfreie Gemeinde unseres Landkreises repräsentiert.

Ich freue mich schon jetzt auf die Zusammenarbeit“, so der neue Vorsitzende Johannes Brüchert.

Hoch erfreut zeigte sich die Mitgliederversammlung über die Tendenz

der Mitgliederentwicklung. Der Regionalverband zählt zurzeit mehr als 160 Mitglieder und beim jüngsten Ortsbürgermeistertreffen der Landes-SGK kamen noch neue Mitglieder hinzu. „Mein Ziel ist es weitere Mitglieder für unseren SGK-Regionalverband zu gewinnen und so ein umfassendes kommunalpolitisches Netzwerk in unserem Landkreis aufzubauen. Davon können alle Akteure vor Ort profitieren. Packen wir es gemeinsam an“, schloss Brüchert die Versammlung.

**Beisitzer:**

Stephanie Kramer, Fraktionsvorsitz Stadtrat Alzey; Isabelle Merker, Mitglied des Kreistages; Gerd Rocker, Bürgermeister der VG Wöllstein; Heiko Sippel, MdL und Fraktionsvorsitz Kreistag; Erno Straus, Ortsbürgermeister Gundersheim; Klaus Willius, Ortsbürgermeister Eich

## Gekürztes Landesblindengeld verstößt nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz

**Zum Sachverhalt**

Die Klägerin bezog seit 1990 fortlaufend Blindengeld nach den nordrhein-westfälischen Bestimmungen, bis sie nach Rheinland-Pfalz verzog. Sie stellte im Juni 2014 einen Antrag auf Blindengeld nach dem Landesblindengeldgesetz Rheinland-Pfalz. Danach steht blinden oder ihnen gleichgestellten Menschen ein Blindengeld in Höhe von 410 Euro zu; wer bereits im April 2003 Blindengeld bezogen hatte, erhält 529,50 Euro. Dies ist der Betrag, den das Landesblindengeldgesetz bis zur Leistungskürzung, die am 01.05.2003 in Kraft trat, für diesen Personenkreis als Zuwendung vorsah. Der beklagte Landkreis bewilligte der Frau 410 Euro. Hiermit war sie nicht einverstanden und erhob nach erfolgreichem Wi-

derspruchsverfahren Klage mit dem Ziel, der Landkreis möge ihr ein Blindengeld von 529,50 Euro gewähren.

**Landesgesetzgeber hat Gestaltungsspielraum**

Die Klage hatte keinen Erfolg. Die Klägerin habe keinen Anspruch auf erhöhtes Blindengeld. Unter Blindengeld im Sinne des Landesblindengeldgesetzes ist nach Darlegung des Verwaltungsgerichtes die monatliche Zuwendung zu verstehen, die nach den rheinland-pfälzischen Bestimmungen gewährt wird oder gewährt wurde. Der Landesgesetzgeber habe diejenigen, die im April 2003 ein Blindengeld von 529,50 Euro aufgrund der landesrechtlichen Bestimmungen erhalten hätten, von einer Leistungskürzung verschonen

wollen. Da die Klägerin im April 2003 keine solche Leistung bezogen habe, gehöre sie nicht zu diesem Personenkreis. Dieses Verständnis verstößt nach Ansicht des VG auch nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz. Es sei dem Gesetzgeber nicht verwehrt gewesen, diejenigen, die bis zur Gesetzesänderung das erhöhte Blindengeld erhalten und auf dessen Bezug vertraut hätten, besser zu stellen als diejenigen, die erst nach dem Inkrafttreten der Leistungskürzung Blindengeld nach den landesrechtlichen Bestimmungen beziehen würden.

Das Verwaltungsgericht hat wegen grundsätzlicher Bedeutung des Rechtsstreits die Berufung zum Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz zugelassen.